

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europausschuss**

48. Sitzung

am Mittwoch, dem 4. Juni 2003, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 383 der SPD-Fraktion

**Anwesende Abgeordnete**

Rolf Fischer (SPD) Vorsitzender  
Hermann Benker (SPD) in Vertretung von Gisela Böhrk  
Astrid Höfs (SPD)  
Dr. Gabriele Kötschau (SPD)  
Ulrike Rodust (SPD)  
Jürgen Feddersen (CDU) in Vertretung von Peter Jensen-Nissen  
Uwe Greve (CDU)  
Manfred Ritzek (CDU)  
Joachim Behm (FDP)  
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Ingrid Franzen (SPD)  
Anke Spoorendonk (SSW)

**Fehlende Abgeordnete**

Thorsten Geißler (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)</b>	<b>4</b>
Referent: Prof. Dr. Joachim Krause, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (ISUK)	
<b>2. Europaschulen: Gespräch mit Schülervertretungen</b>	<b>7</b>
<b>3. Entschließung zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit</b>	<b>8</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2441  (überwiesen am 20. Februar 2003 an den <b>Innen- und Rechtsausschuss</b> und an alle übrigen Ausschüsse)	
<b>4. Verschiedenes</b>	<b>9</b>
a) Terminplanung hierzu: Umdruck 15/3392	
b) Reise des Europaausschusses vom 20. bis 24. Oktober 2003 nach Straßburg und Brüssel	

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)**

Referent: Prof. Dr. Joachim Krause, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (ISUK)

Prof. Dr. Joachim Krause, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (ISUK), informiert den Ausschuss über die Aufgaben und die Perspektiven der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

Er führt hierzu unter anderem aus, in erster Linie sei die Schaffung einer europäischen Interventionsstreitmacht geplant, die in der Lage sei, die Aufgaben zu erfüllen, die sich die Europäische Union bereits 1992 mit den so genannten Petersberger Aufgaben gestellt habe. Hierzu zählten militärische und humanitäre Rettungsaufgaben sowie friedenserhaltende und friedensschaffende Operationen. Über den genauen Status der neu zu schaffenden Organisation bestünden in den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zwar sehr unterschiedliche Auffassungen, einig sei man sich jedoch, dass keine europäische Verteidigungsorganisation als Konkurrenzorganisation zur Nato aufgebaut werden solle.

Prof. Dr. Krause erklärt weiter, als konkrete Ziele für die nächsten Jahre habe sich die Europäische Union zunächst vorgenommen, eine institutionelle Kapazität und eine ausreichende militärische Kapazität aufzubauen. Ein erster Schritt in die Richtung der Schaffung der institutionellen Kapazität sei die Einführung des Amtes des außen- und sicherheitspolitischen Sprechers gewesen. Weiter sei ein Militärausschuss und ein Militärstab gegründet worden und in Zukunft strebe man an, auch Hauptquartiersstrukturen zu schaffen. Im Hinblick auf die Bereitstellung der militärischen Kräfte sei auf dem Helsinki-Gipfel von 1993 das Planziel formuliert worden, bis zum Jahr 2003 aufgrund freiwilliger Zusammenarbeit in der Lage zu sein, Streitkräfte in erforderlicher Zahl und für einen ausreichenden Zeitraum einsatzfähig zu halten, um im Bedarfsfall Petersberger Aufgaben wahrnehmen zu können. Es sei festzustellen - resümiert Prof. Dr. Krause - , dass inzwischen zwar alle Staaten ein gewisses Kontingent an Streitkräften zur Verfügung gestellt hätten, das angestrebte Ziel einer quantitativ und qualitativ ausreichenden Kapazität, mit der Petersberger Aufgaben von der Europäischen Union erfüllt werden könnten, jedoch noch nicht erreicht worden sei. Die Streitkräfte seien dazu ins-

gesamt nicht modern genug ausgestattet und auf die neuen Aufgaben vorbereitet. Hierfür seien in Zukunft noch sehr große Investitionen notwendig. Er erklärt weiter, für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gebe es bislang keinen eigenen Etat, da eine ganze Reihe von Staaten Bedenken geäußert hätten, sondern sämtliche Maßnahmen müssten aus nationalen Töpfen bezahlt werden. Die meisten Probleme seien deshalb in erster Linie finanzieller Natur.

Prof. Dr. Krause weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch die Irak-Krise politische Spuren in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hinterlassen habe und man befürchten müsse, dass dadurch das Verhältnis Großbritanniens zu Frankreich nachhaltig beschädigt worden sei. Diese beiden Länder seien bisher sozusagen die Lokomotive für den Aufbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewesen. Deshalb sei nun damit zu rechnen, dass der Aufbauprozess etwas ins Stocken geraten werde.

In der anschließenden Aussprache möchte Abg. Ritzek unter anderem wissen, inwieweit die Europäische Union - wenn sie sich dafür entschieden hätte - in der Lage gewesen wäre, die jetzt schon vorhandenen militärischen Strukturen im Irak-Krieg einzusetzen. Prof. Dr. Krause antwortet, dass die Streitkräfte zwar theoretisch zu einer Beteiligung bei einem Einsatz im Irak in der Lage gewesen wären, sie aber praktisch hätten wenig beitragen können. Zum einen hätte es beispielsweise für die Bundeswehr Monate gedauert, ihre Einsatzkräfte nach Kuwait zu bringen, zum anderen wäre eine Vernetzung mit den amerikanischen Streitkräften sehr schwierig gewesen, da die Bundeswehr auf die bei den amerikanischen Truppen übliche elektronische Kommunikation nicht eingestellt sei.

Abg. Benker spricht die Kooperation zwischen dem Institut für Sicherheitspolitik und dem schleswig-holsteinischen Institut für Friedenswissenschaften an der CAU an. Prof. Dr. Krause führt hierzu aus, dass es in nächster Zeit Gespräche über die Zusammenarbeit dieser beiden Institute geben werde. Es werde versucht, einen breiten Konsens herbeizuführen und man denke auch über eine Vernetzung dieser beiden Institute nach.

Abg. Dr. Kötschau spricht den Völkermord in Ruanda und die in diesem Zusammenhang geplanten Einsätze von ausländischen Truppen im Land an und erklärt, ihrer Ansicht nach müsse auch geprüft werden, ob es wirklich sinnvoll sei, dass internationale Truppen überall präsent seien, vielleicht müssten bestimmte Länder auch erst einmal selbst eine Lösung für ihre Probleme finden.

Prof. Dr. Krause betont in der Diskussion noch einmal, dass der Aufbau einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht darauf hinauslaufe, eine Gegenmacht zu den USA

aufzubauen. Es gehe vielmehr um eine gleichwertige Partnerschaft. Im Zusammenhang mit der Anmerkung von Abg. Dr. Kötschau erklärt er, dass man zwar nicht überall präsent sein müsse, jedoch überall dort, wo die Konflikte außer Kontrolle gerieten und man mit diplomatischen Bemühungen nicht weiterkomme.

Abschließend merkt Abg. Rodust an, in der gesamten militärischen Diskussion dürfe man die Frage der Entwicklungshilfe nicht außer Acht lassen. Denn auch mit diesem Instrument sei es möglich, auf Konfliktsituationen zu reagieren und zu erreichen, dass sie sich gar nicht erst zu einer Bedrohung entwickelten.

Der Vorsitzende regt an, dass sich der Ausschuss nach seinem Besuch in Brüssel im Herbst diesen Jahres noch einmal vertieft mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik befasst.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Europaschulen: Gespräch mit Schülervertretungen**

Die Mitglieder des Europaausschusses führen ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Schülervertretungen der Europaschulen im Land und dem Verein Europaschulen in Schleswig-Holstein e. V. Die Schülerinnen und Schüler stellen zunächst sich und ihre Schulen sowie die Europaaktivitäten der Schulen kurz vor.

Im Mittelpunkt des anschließenden Gesprächs diskutieren die Schülerinnen und Schüler mit den Ausschussmitgliedern darüber, wie eine engere Zusammenarbeit und ein Austausch der Europaschulen untereinander erreicht werden kann und durch welche weiteren Europaaktivitäten in den Schulen der Europagedanke noch weiter hervorgehoben und im Schulalltag umgesetzt werden kann. Darüber hinaus steht im Mittelpunkt des Gesprächs die Forderung der Schülervertretungen nach stärkerer Unterstützung der Schulen, um die Sprachangebote an den Schulen und die Schüleraustausche mit anderen europäischen Ländern ausweiten zu können.

Herr Wiethaupt vom Verein der Europaschulen weist in diesem Zusammenhang auf die Aktivitäten des Vereins hin, der unter anderem durch die Jahrestagung mit den Schülervertretungen, Elternvertretungen und Lehrerververtretungen versuche, die Zusammenarbeit der Europaschulen untereinander zu stärken. Außerdem stelle der Verein den Europaschulen eine Internetplattform zur Verfügung, die die Kommunikation der Schulen untereinander vereinfache.

Der Vorsitzende fordert die Schülervertretungen abschließend auf, die Europapolitiker des Landtages zu Veranstaltungen an ihren Schulen einzuladen und mit ihnen weiter im Gespräch zu bleiben.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entschließung zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/2441

(überwiesen am 20. Februar 2003 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle übrigen Ausschüsse)

Der Ausschuss stellt seine Beratungen zum Antrag der Fraktion der CDU zur Entschließung zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit, Drucksache 15/2441, bis zur Auswertung der vom federführenden Innen- und Rechtsausschuss durchgeführten Anhörung zurück.



Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Terminplanung  
hierzu: Umdruck 15/3392

Die Ausschussmitglieder verständigen sich über die Terminplanung für das zweite Halbjahr 2003 und legen im Wesentlichen die in Umdruck 15/3392 vorgeschlagenen Termine für Sitzungen des Ausschusses fest. Lediglich die für den 3. September 2003 geplante Sitzung wird auf den 17. September 2003 verlegt.

- b) Reise des Europaausschusses vom 20. bis 24. Oktober 2003 nach Straßburg und Brüssel

RL Schmidt-Holländer informiert kurz über den Stand der Planungen der Reise des Europaausschusses nach Straßburg und Brüssel vom 20. bis 24. Oktober 2003. Sie bittet die Ausschussmitglieder, ihre Wünsche bezüglich bestimmter Gesprächspartner oder auch Themen für die Reise an sie heranzutragen.

Abschließend gibt der Vorsitzende als Termin für die diesjährige Ostseeparlamentarierkonferenz den 6. bis 9. September 2003 bekannt.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 12:25 Uhr.

gez. Rolf Fischer  
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin